

**Gesundheit ist keine  
Ware sondern ein  
Menschenrecht**

**Keine Privatisierung  
der Unikliniken Gießen  
und Marburg**

## Volksbegehren gegen **Klinika-Privatisierung**

**Der Kürzungs- und Privatisierungswahn des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch macht nun auch vor der Gesundheit der Menschen nicht halt. Seine Landesregierung beabsichtigt zwei von drei hessischen Unikliniken, nämlich Gießen und Marburg, zu privatisieren. Roland Koch brüstet sich damit, dass Hessen mit diesem Schritt eine Vorreiterrolle übernehmen werde, weil bisher noch keine Uniklinik in Deutschland vollständig privatisiert wurde. Es soll ein „Zentrum der nationalen Exzellenz“ entstehen.**

Privatisierung heißt Unterwerfung der Krankenhäuser unter die Prinzipien der Konkurrenz und der privaten Gewinnmaximierung. Die Folgen lassen sich heute schon vorhersagen, nämlich *Ausgabenkürzungen zu Lasten der Beschäftigten, zu Lasten der Patienten und zu Lasten von Forschung und Lehre.*

**Leidtragende werden die Patienten sein:** *3 Millionen Menschen Mittelhessens im Einzugsbereich der beiden Unikliniken.* Denn Privatisierung bedeutet schrittweise Einführung einer Art Fließbandsystems in der Krankenversorgung. Neue Formen der Arbeitsteilung und Arbeitszerlegung (aus der Arbeitswissenschaft als Taylorismus bekannt) werden zur Umgestaltung von Pflege und Versorgung führen. Anstelle von Krankenschwestern werden Mahlzeiten von einem Essensdienst gebracht, die Betten von einem Bettendienst gemacht usw. Mittelschwere und leichte „Fälle“ werden nur noch selten oder gar keinen Arzt mehr zu sehen bekommen. Billigere unqualifiziertere Arbeitskräfte werden qualifiziertere ersetzen. Eine *ganzheitliche Betreuung* durch ein festes, vertrautes Team von Ärzten und gut ausgebildetem Pflegepersonal ist jedoch ein wesentlicher Faktor für die Genesungschancen. Wer das „volle Programm“ will, muss dafür extra zahlen. Risikopatienten, die „zu teuer“ sein könnten, weil die Krankenkassen nach dem neuen Abrechnungssystem der Fallpauschalen (DRGs) nur einen vorherbestimmten Durchschnittswert pro Behandlungseinheit (z. B. eine Blinddarmoperation) vergüten, müssen damit rechnen, dass sie erst gar nicht aufgenommen werden.

**Leidtragende werden die Beschäftigten sein:** *Mehr als 10.000 Beschäftigte (5300 in Gießen, 4900 in Marburg).* Die Beschäftigten der privaten Rhönklinik erhalten nur 70 Prozent des Tariflohns nach BAT. Die heute schon überlangen Arbeitszeiten für Ärzte und Pflegepersonal werden bei Einführung „modernster Organisationsprinzipien“ (Koch) durch die Privaten noch „flexibler“ und länger werden. Eine neue Studie in den USA hat jedoch gezeigt, dass es einen direkten Zusammenhang von Fehlern und Pannen von Ärzten und der Länge der Arbeitszeit gibt. Das Ausdünnen der Belegschaften und dadurch bedingter wachsender Arbeitstress *machen diejenigen krank, die andere gesund machen sollen.*

Kochs Beschäftigungsgarantie („bis zum Jahr 2010) hat der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Spies zu Recht als „Lachnummer“ bezeichnet. Das Ausgliedern ganzer Bereiche, das Herausmobben einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter findet schon heute statt und wird unter der geplanten GmbH als einjährige Übergangsform verschärft weitergehen.

„Die Braut muss noch schön gemacht werden“, so hat sich der Berliner Finanzsenator Sarazzin einmal zynisch über den Sinn solcher Übergangsrechtsformen vor der Privatisierung ausgedrückt. Ein Käufer wird sich um so eher finden, je weiter die GmbH den Prozess der Kostensenkung durch Stellenabbau, Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung vorangetrieben hat. Deshalb muss sich der Widerstand *jetzt* formieren, wenn er Erfolg haben soll.

**Leidtragende werden die Studierenden sein:** *Die 8400 Medizinstudenten und der gesamte wissenschaftliche Lehr- und Forschungsbetrieb* mit Ausnahme einiger hochbezahlter „Spitzenkräfte“, die wichtig sind, um die „Kunden“ anzulocken. Schon heute nehmen die Arzneimittelkonzerne massiven Einfluss auf Art und Ziel der medizinischen Forschung. Privatisierung der Forschung bedeutet Einschränkung von Grundlagenforschung, Pharmakonzerne und Klinikkonzerne werden darüber bestimmen, was erforscht werden darf. Private Gewinninteressen werden auch die Thematik von Doktorarbeiten der Studenten bestimmen. Die Studierenden haben ein Recht, ihre Universität zu verteidigen und die Kliniken sind ein wichtiger Bestandteil davon.

Wichtig: Es besteht auch eine direkte Gefahr für die Frankfurter Uniklinik. **Wenn Koch in Gießen und Marburg durchkommt, wird er sich Frankfurt als nächstes vorknöpfen!**

Die Privatisierung der Unikliniken Gießen und Marburg ist Teil eines Systemwechsels der gesamten Gesundheitsversorgung, die dem „freien Markt“ unterworfen werden soll. Der Prozess der Privatisierung der Krankenhäuser ist von langer Hand vorgeplant. Es geht um fast 45 Milliarden Euro, die heute jährlich in die zumeist noch öffentlichen Krankenhäuser fließen. Seit 1990 sind in ganz Deutschland schon über 300 Krankenhäuser geschlossen worden, von den 2160 bestehenden sind nach sogenannten Experten angeblich 1000 weitere „überflüssig“. Die übrigen 1000 sollen zu Zentren des privaten Profits umgewandelt werden.

Deshalb geht es nicht nur um Gießen und Marburg.

**Es geht um die Verteidigung des Menschenrechts auf Gesundheit!**

Deshalb fordern wir von der hessischen Landesregierung:

**Sofortige Zurücknahme der Privatisierungspläne für Hessens Unikliniken!**